
HAUSHALT 2015

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren,

meine Damen und Herren, wenn sie mal auf den Kalender schauen, wir haben Anfang August 2015 und wollen heute den Haushalt für 2015 verabschieden. Mehr wie 7 Monate sind bereits ins Land gegangen, ohne dass es einen gültigen verabschiedeten Haushalt in Biebergemünd gab. Für mich ein Unding.

Wäre es da nicht besser einfach noch ein paar Monate zuzuwarten Herr Bürgermeister, dann hätte man doch die Istzahlen des Jahres 2015 zur Hand und der Haushalt würde bis auf den €-Cent genau und dies Konto für Konto den Istzahlen entsprechen. Wär doch einfach toll, Herr Bürgermeister und wir könnten uns hierdurch viel Arbeit und noch mehr Ärger ersparen.

H. Weber, Biebergemünd hat noch nie, soweit ich mich zurück erinnern kann, den Haushalt so spät wie in 2015 beschlossen. Sie führen an, dass die Verwaltung durch die vielen Projekte hoffnungslos überfordert ist. H. Weber ich bin hier deutlich anderer Meinung. Die Verwaltung ist nicht der Sündenbock, sondern der Grund ist einfach der, dass sie ganz persönlich nichts vom Tisch bekommen und lediglich sie überfordert sind auch nur ansatzweise eine Verwaltung zu führen. Führen heißt zunächst Vorbild zu sein. Es gibt im Deutschen den Satz: „Wie der Herr, so's Gescherr“. Wenn ihre ganz persönliche Arbeitszeit morgens nie vor 10:00 Uhr beginnt, so färbt dies ganz unweigerlich auf ihre Mitarbeiter ab. Warum soll sich jemand krumm machen und die berühmte Extra Meile gehen, wenn der Chef noch gar nicht an der Startlinie steht. Herr Weber, ihnen kommt das Verdienst zu aus einer Hochleistungsverwaltung à la Dickert, wo jeder genau wusste was er zu tun und zu lassen hatte, eine Verwaltung gemacht zu haben wo jeder seinen Kompetenzbereich eigenständig definieren kann.

Doch zurück zum Haushalt oder besser zu einer ersten Hochrechnung 2015. Der von ihnen vorgelegte Haushalt schließt im Ergebnisteil mit einem positiven Jahresergebnis von 6,4 M€ ab. Das beste Jahresergebnis, was es in der Geschichte von Biebergemünd bisher gab. Doch Vorsicht meine Damen und Herren. Ist dies wirklich das im Rahmen der Einführung der Doppik postulierte echte Jahresergebnis. Die Antwort lautet eindeutig NEIN. Biebergemünd will /muss im Jahre 2015 die unglaubliche Zahl von 5,1 M€ an Rückstellungen auflösen. Rückstellungen auflösen heißt immer, die in den vergangenen Jahren buchhalterisch gebildete Sparbüchse leeren. Das wirklich echte Periodenergebnis, so wie es eigentlich die kfm. Doppik fordert, liegt deshalb nur bei 1,3 M€. Meine Damen und Herren, ich habe mir die Rückstellungspraxis bei Herrn Rohr im Rahmen eines Gespräches mit ihm vor Ort genau angesehen. Ich kann sagen, dass H. Rohr sich exakt an die Vorgaben einer neuen Verordnung gehalten hat, die genau dieses Vorgehen vorschreibt. H. Rohr hat mir gegenüber beteuert, dass er die bisherige Rückstellungspraxis, die sich an dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip orientierte, aufgeben musste. H. Rohr und ich waren uns einig, dass Biebergemünd in Umsetzung dieser Verordnung keine echten Periodenergebnisse mehr ausweist und nach geplanter vollständiger Auflösung dieser Rückstellung in den kommenden Jahren, keinerlei Risikovorsorge für all die schönen Umlagen, ich nenne Kreis- und Schulumlage und ab 2016 ja ebenfalls die Solidaritätsumlage aus dem Kommunalen Finanzausgleich, die systembedingt zeitlich versetzt anfallen, mehr in seiner Bilanz hat.

Deutlich wird dies, wenn aufgrund welcher Umstände auch immer, Gott möge dies verhüten, die Gewerbesteuereinnahmen gegen Null tendieren lässt. Dies bedeutet dennoch, dass aufgrund des zeitlichen Verschiebers von 1 ½ Jahren, Kreis- und Schulumlage und ab 2016 auch Solidaritätsabgabe für 1 ½ Jahre noch zu zahlen sind. Grob gerechnet auf Basis aktueller Steuereinkünfte gut 30 M€. Dafür haben wir dann weder buchhalterisch vorgesorgt noch haben wir diese Summe angespart und auf ein Sonderkonto gestellt. An diesem sicherlich extremen Beispiel können sie erkennen wie schräg die neue Verordnung letztendlich wirkt.

Ich muss ehrlich gestehen, dass ich, der ich große Hoffnung auf die kommunale Doppik gesetzt habe, zwischenzeitlich sagen muss. Doppik in der kommunalen Verwaltung führt nicht zu mehr Transparenz. Es werden keine echten Jahresergebnisse gezeigt, die bilanziellen Risiken werden nicht abgebildet und die gesamte Übung kostet nur Geld.

Noch ein Hinweis in Richtung von H. Weber. Der vorgelegte doppische Haushalt ist nach wie vor unvollständig. Wichtiges Element einer doppischen Buchführung ist eine aktuelle Bilanz. Diese konnte ich in der dicken Vorlage genannt „Haushalt 2015“ nicht finden.

Viel wichtiger für die FWG ist jedoch mal über den Tellerrand 2015 hinauszuschauen. Ab dem Jahre 2016, so hat es der hessische Landtag mit seiner schwarz/grünen Regierung am 23. Juli 2015 beschlossen, wird es einen neuen Kommunalen Finanzausgleich geben.

Nach Angaben von H. Rohr muss die Gemeinde Biebergemünd in 2016 = 5,5 M, in 2017 = 6,3 und in 2018 = 6,5 M€ an das Land Hessen an Solidaritätsumlage überweisen. Mit all den anderen Umlagen, wie Kreis- und Schulumlage, Gewerbesteuerumlage werden damit rd. 80 % der gemeindlichen Einkünfte und Grund- und Gewerbesteuer per Umlage abgenommen. Meine Damen und Herren, dies nenne ich „Kommunalen Sozialismus“ in Reinstform. Man nimmt den Reichen, den sog. Abundanten und gibt es den Armen. Nach Presseverlautbarungen hat das arme Wächtersbach und das ebenso arme Bad Orb jeweils 1 M€ hieraus zusätzlich zu erwarten. Der Fraktionsvorsitzende der CDU von Bad Orb hat es deshalb vor einiger Zeit auf den Punkt gebracht, wo er sich dahingehend äußert, dass endlich jede Kommune nach ihren Bedürfnissen staatlich alimentiert wird. Übrigens ein Prinzip, dass auf Karl Marx und Friedrich Engels zurückgeht. Ich frage mich deshalb, wie tief muss die CDU gesunken sein, dass sie schon Anleihen aus dem „Kommunistischen Manifest“ aufnehmen muss.

Hochinteressant auch der letzte Brief von Finanzminister Schäfer, CDU, den uns freundlicherweise H. Weber unverzüglich, zu Beginn der KFA-Diskussionen hat dies schon mal 2 ½ Monate gedauert, weitergegeben hat.

Er teilt uns darin mit, dass nach seiner Modellrechnung wir zu den sogenannten abundanten, den reichen Gemeinden zu rechnen sind, da, und jetzt aufgepasst, die normierte Steuerkraft den normierten Bedarf übersteigt.

Normierte Steuerkraft heißt, dass nicht die echten Steuereinnahmen von Biebergemünd auf Basis unserer Hebesätze Grundsteuer 200%, Gewerbesteuer 300 % für die Berechnung des Soli zugrunde gelegt werden, sondern sog. Nivellierungssätze von 332 % bei der Grundsteuer A, 365 % bei der Grundsteuer B und 357 % bei der Gewerbesteuer zu Anwendung kommen. Mittels dieser sog. Nivellierungssätze werden dann die Steuereinnahmen künstlich hoch normiert und davon dann die Kreis- Schul- und Solidaritätsumlage berechnet.

Der Minister schreibt dann weiter, dass die sog. abundanten Gemeinden durch die Gestaltung der Hebesätze es selbst in der Hand haben ihre Spitzenplätze auch im Hinblick auf die tatsächlichen Einnahmen zu erhalten. Faktisch bedeutet dies, dass wir die Grundsteuer um rd. 80 % und die Gewerbesteuer um gut 25 % erhöhen müssten. Im Umkehrschluss heißt dies, dass dann, sollten wir keine massiven Steuererhöhungen vornehmen, trotz riesiger Steuereinnahmen ins Mittelfeld der hessischen Gemeinden abrutschen, d.h. in einen Bereich wo es nicht mehr gelingt seinen Haushalt ausgeglichen zu gestalten.

Die FWG, da können sie ganz sicher sein, wird weder einer Steuererhöhung bei der Grundsteuer noch bei der Gewerbesteuer zukünftig zustimmen. Mit großem Interesse erwarten wir diesbezügliche Vorschläge der örtlichen CDU-Fraktion, die ihrem Minister in Gehorsamkeit und Loyalität sicherlich folgen wird.

Übrigens die rot-grüne Kreisregierung wird da voll und ganz nachziehen. Auch für die Kreis- und Schulumlage gelten die neuen Nivellierungssätze. Schon ab 2017 wird es so sein, dass trotz abgesenkter Umlagesätze, von 58 auf 54 %, es aufgrund der gestiegenen Nivellierungssätze seitens Biebergemünd auch hier deutlich mehr zu zahlen hat.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole ab 2016 müssen rd. 80 % an Kreis und Land per Umlage entrichtet werden. Lediglich 20 % der Steuereinnahmen verbleiben damit in Biebergemünd. Biebergemünd hat damit keinerlei Anreize mehr, beispielsweise durch eine innovative Gewerbeansiedlungspolitik ihre Steuereinnahmen zu steigern. Hier müssen bei Neuausweis von Gewerbegebieten, erhebliche Investitionen getätigt werden, die sich keinesfalls dann mehr wirtschaftlich rechnen. Für eine Ausweitung des Gewerbegebietes „Eiserne Hand“ in Richtung Bad Orb, ggf. in Kooperation mit Bad Orb, gibt es auf Basis vorgenannter Prämissen keine wirtschaftliche Begründung mehr.

Sozialismus, hierzu zählt auch der Kommunale Sozialismus, hat noch nie zur Wachstum und Prosperität geführt.

Biebergemünd degeneriert ab 2016 zum Inkassobüro von Kreis und Land, wo jegliche Anreize genommen werden eine Politik nach marktwirtschaftlichen Grundprinzipien zu gestalten.

Echt zynisch klingt in diesem Zusammenhang der Rat von Minister Schäfer in Richtung Biebergemünd wo er im Hinblick auf die Klage der abundanten Gemeinden beim hessischen Staatgerichtshof schreibt: Ich zitiere: „Es ist keineswegs sicher, dass eine etwaige Klage durch den Kreis der abundanten Gemeinden für diese nur Chancen beinhaltet. Im Gegenteil: es ist keineswegs ausgeschlossen, dass der hessische Staatgerichtshof eine noch höhere Abschöpfung der Abundanten einfordern würde“ Zitatende.

Meine Damen und Herren der Biebergemünder CDU, sie sollten in einiger ganz ruhigen Stunde mal überlegen, ob und inwieweit eine CDU, die für das größte anzunehmende finanzielle Desaster von Biebergemünd den sog. Super Gau die politische Hauptverantwortung trägt, hier in Biebergemünd noch ihre Heimat sein kann.

Meine Damen und Herren dies wird, dies habe ich ja bereits angekündigt, meine letzte Haushaltsrede sein. Ich werde definitiv nicht für die Kommunalwahl in 2016 mehr antreten. Für ein Inkassobüro für Land und Kreis kann und will ich nicht arbeiten.

Sollte ich irgendjemand mit dieser Haushaltsrede oder mit Redebeiträgen aus der Vergangenheit persönlich verletzt haben, bitte ich höflich um Entschuldigung. Ich gelobe, ich werde dies zukünftig nicht mehr tun.

Vielen Dank meine Damen und Herren.